Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Der 130-Milliarden-Wumms
2. Arbeitsmarkt im Mai: 3,55 Millionen Menschen ohne Arbeit
3. Lufthansa kündigt umfassenden Umbau an
4. “Das ist kein Plan für Fabrikschließungen, das ist ein Sparplan”
5. Fleischindustrie: Sie werden wie »Wegwerfmenschen« behandelt
6. Für verbindliche Mindestlohnstandards
7. Ferrari-Land wird Fahrrad-Land
8. Eine Kriegskasse namens Friedensfazilität
9. Die gelbe Gefahr und der Atem der Schwarzen
10. Maas verurteilt Trumps Gewaltandrohung
11. Donald Trumps Strategien für den Staatsstreich
12. “Fortsetzung von unlauterem Wettbewerb”
13. Senk ju vor nasing
14. Covid-19: Ausgelieferte Altenheime
15. Coronavirus: Lateinamerika droht Hungerpandemie
16. Bestätigte aktive Covid-19-Fälle in Deutschland

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der 130-Milliarden-Wumms**
   Mehrwertsteuer runter, Zuschüsse für Familien rauf – das gewaltige Konjunkturprogramm der Großen Koalition ist eine positive Überraschung. Entscheidend auch: Was es nicht ins Papier geschafft hat.
   Quelle: DER SPIEGEL

   Anmerkung André Tautenhahn: *Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist ein*

sehr guter Ansatz, vor allem weil es gelungen ist, Schwarze Nullen und Schuldenbremser ein Stück weit zurückzudrängen. Der Staat gibt bewusst mehr Geld aus, senkt Steuern, wo es sinnvoll ist und hat sich weitere Unterstützungen für kleinere Unternehmen überlegt. Da ist die geforderte Brücke über den Corona-Abgrund durchaus erkennbar, auch wenn sie zunächst vielleicht noch wie ein Steg wirken mag. Die Richtung stimmt aber und die SPD, das muss man sagen, hat sehr gut verhandelt. Das zeigt auch der souveräne Auftritt von Scholz, Walter-Borjans und Mützenich. Kleinlaut dagegen ein Ralph Brinkhaus, der seine zuvor noch abwehrende Haltung gegen eine deutliche Ausgabensteigerung ebenso deutlich korrigieren musste. Ob sich der „Wumms" tatsächlich auch einstellt, bleibt freilich abzuwarten.

2. **Arbeitsmarkt im Mai: 3,55 Millionen Menschen ohne Arbeit**
   Im Mai meldete die Bundesagentur für Arbeit rund 2,81 Millionen Arbeitslose – über 169.000 Personen mehr als im Vormonat. Das gesamte Ausmaß der Menschen ohne Arbeit bildet die offizielle Zahl jedoch nicht ab. Weitere knapp 742.000 De-facto-Arbeitslose sind nicht in der Arbeitslosen-, sondern in der separaten Unterbeschäftigungsstatistik enthalten.
   Im Mai 2020 gab es offiziell rund 2,81 Millionen Arbeitslose. Das sind über 169.000 Personen beziehungsweise sechs Prozent mehr als im Vormonat. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückzuführen.
   Quelle: O-Ton Arbeitsmarkt

   dazu: Coronakrise in Deutschland: Arbeitslosenzahl steigt auf 2,8 Millionen
   Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Coronakrise von April bis Mai auf 2,8 Millionen gestiegen. Das teilte am Mittwoch die Bundesagentur für Arbeit mit. Die Arbeitslosenquote stieg damit um 0,3 Punkte auf 6,1 Prozent.
   Quelle: DER SPIEGEL

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Nun muss man fairerweise anerkennen, dass der SPIEGEL in den letzten Jahren nicht nur die (durch Statistik-Tricks kleingerechnete) offiziöse Arbeitslosenzahl (irgendwas mit 2,x Millionen) gemeldet, sondern auch auf das Statistikabgrenzungsproblem und die offizielle Zahl der Unterbeschäftigung (irgendwas mit 3,x Millionen, typischerweise 900.000 Menschen mehr "verdeckte Arbeitslosigkeit") hingewiesen hat. Dass jetzt aber diese zweite, höhere Zahl aus dem Hut gezaubert wird, weil sie weniger stark gestiegen ist, als die Zahl der "offiziell" Arbeitslosen, nämlich "nur" um 378.000 gegenüber dem Vorjahresmonat, stößt dann doch ein bisschen sauer auf. Kann man sich die Vergleichszahl beliebig aussuchen,*

oder wird der SPIEGEL auch in Zukunft zuerst die (deutlich schlechter aussehende) Unterbeschäftigung melden, auch wenn die "Arbeitslosigkeit" wieder etwas besser aussieht? "Allerdings beruht etwa ein Drittel davon auf einem rein statistischen Effekt: In der offiziellen Statistik werden stets jene Arbeitslose herausgerechnet, die Arbeitsagentur und Jobcenter in Schulungen oder Weiterbildungen schicken." – Komisch, dass das jetzt so betont wird. Warum nicht sonst? Mehrere Millionen Menschen sind in Kurzarbeit. Viele Arbeitsplätze davon werden voraussichtlich erhalten bleiben, aber viele auch deutlich reduziert werden oder tatsächlich wegfallen. Die "ganz reale Arbeitslosigkeit" liegt also eher bei 4,5 oder 5 Millionen Menschen, klar über 10 Prozent des Arbeitskräfteangebots. Hoffentlich hört jetzt endlich die Schönrederei des ramponierten und dysfunktionalen Arbeitsmarkts auf, in dem weiterhin fast jeder vierte nur einen Niedriglohn erzielt und der Lichtjahre weit weg ist von "Vollbeschäftigung" und "Arbeitskräftemangel".

dazu auch: Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Katastrophe verhindern
„Die Bundesregierung muss verhindern, dass Erwerbstätige zum Sozialfall werden. Wenn sie jetzt nicht energisch Gegenmaßnahmen ergreift, droht eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Katastrophe", erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:
„Durch Corona werden viele Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter und Selbständige zu Hartz-IV-Aufstockern, da das Kurzarbeitergeld grundsätzlich zu niedrig ist und die Bundesregierung hilfebedürftigen Selbständigen keine ausreichenden Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhalts gewährt. Das Kurzarbeitergeld muss sofort auf 90 Prozent des Nettoentgelts erhöht werden, für Beschäftigte, die nur den gesetzlichen Mindestlohn bekommen, auf 100 Prozent. Selbständigen müssen nicht nur Hilfen zu ihren Betriebsausgaben gewährt werden, sondern auch zum Lebensunterhalt.
Der Zugang zum Arbeitslosengeld muss erleichtert werden, da viele die hohen Hürden nicht erfüllen und gleich in Hartz IV fallen. Es muss sofort eine Neuregelung eingeführt werden, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits nach vier Monaten Beitragszeit entsteht, in einer Rahmenfrist von 36 Monaten. Für Hartz-IV-Bezieher fordert DIE LINKE zur Abfederung der Corona-bedingten Mehrkosten einen Pandemie-Zuschlag von 200 Euro."
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

3. **Lufthansa kündigt umfassenden Umbau an**
   Die Lufthansa wird eine ganze Weile brauchen, um den wirtschaftlichen Tiefschlag nach dem Corona-Shutdown zu verdauen. Konzernchef Carsten Spohr bereitet die

Belegschaft auf einen drastischen Sparkurs vor.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Angesichts des stark eingebrochenen Umsatzes und der auflaufenden operativen Verluste bleibt der Lufthansa vermutlich kaum etwas anderes übrig, als die Arbeitsstunden pro Beschäftigten zu senken und/oder Stellen abzubauen. Nur wird dann die Frage immer drängender, warum der Staat (bzw. die Regierung) hier gutes Geld dem schlechten hinterher wirft bzw. viele Milliarden "investiert" (??) hat. Eine Reduktion des Angebots aus Umweltgründen, wenigstens bei Kurzstrecken im Inland, findet nicht statt: Check. Verhinderung von Entlassungen oder wenigstens von Lohnkürzungen findet nicht statt: Check. Ein Gewinn durch Verkauf der Aktien nach der Krise ist sehr unwahrscheinlich: Check. Dass der Staat seine Einlage verliert, teilweise oder in Gänze, ist nicht ausgeschlossen: Check. Wem außer den bisherigen Eigentümern, alle privatwirtschaftlich, hat das "Engagement", d. h. faktisch die Rettung der Lufthansa, nun geholfen?*

4. **"Das ist kein Plan für Fabrikschließungen, das ist ein Sparplan"**
   Renault erhält einen Fünf-Milliarden-Kredit, für den der Staat bürgt – 15.000 Arbeitsplätze abbauen will der Autobauer trotzdem
   Heute gab der französische Autohersteller Renault bekannt, dass er von Banken neue Kredit in Höhe von bis zu fünf Milliarden Euro erhält, für die zu 90 Prozent der französische Staat bürgt (vgl. Frankreich gibt Staatskredit für Renault frei). Die Analysten von Goldman Sachs stuften das defizitäre Unternehmen daraufhin von "Neutral" auf "Buy" hoch – und der Aktienkurs stieg zeitweise um über neun Prozent. Vorher hatte Renault-Präsident Jean-Dominique Senard einen "Sparplan" für das Unternehmen vorgestellt, das bereits vor Beginn des Absatzeinbruchs durch die Coronakrise rote Zahlen schrieb. Dabei betonte der Manager, es handle sich nicht um einen "Plan für Fabrikschließungen". Eine für den Plural gemachte Aussage, die insofern zutrifft, als nur eines der insgesamt 14 französischen Werke zugemacht werden soll: das in Choisy-le-Roi. Bei zwei weiteren gefährdeten Werken in Maubeuge und Douai hatte der französische Staatspräsident als Bedingung für die Milliardenbürgschaft gefordert, dass dort weiter produziert wird.
   Quelle: Telepolis
5. **Fleischindustrie: Sie werden wie »Wegwerfmenschen« behandelt**
   Das Leben hat in Fleischfabriken keinen Wert. Nicht nur das der Tiere. Es herrschen unmenschliche Zustände. Eine Handvoll Schlachtkonzerne beutet Tausende Arbeitsmigranten aus. Pfarrer Peter Kossen über moderne Sklaverei — mitten in Deutschland.

Quelle: Jacobin

Anmerkung Albrecht Müller: *Sehr lesenswert. In vieler Hinsicht.*

dazu: Zerteiltes Leid
Fleischindustrie Schlachthöfe als Infektionsherde, katastrophale Zustände für Mensch und Tier: Die Massenproduktion von tierischen Lebensmitteln war schon vor der Pandemie untragbar
Viel rotes Fleisch zu essen, ist eine mäßig gute Idee. Von Tiermastbetrieben gezüchtet, Großschlachtereien zerlegt und in Supermärkten gekauft, halten wir ein seltsames Produkt in der Hand – Schweinefleisch in Styroporwannen, von Folie umhüllt. Liefert zwar Vitamine, aber auch entzündungsfördernde Arachidonsäure und Purine. Wer seine Arthrose mit Harnsäurekristallen und Schlackstoffen befeuern, Rheuma und Leberzirrhose verstärken will, sollte kräftig zulangen, bei Multipler Sklerose wirkt es ähnlich. Stoffwechselkrankheiten werden gründlicher. Die angereicherten Antibiotika (bei Rindern eher Penizillin) genügen zwar nicht, um Grippe per Kotelett zu kurieren, machen aber Keime resistent – weshalb fleißige Fleischesser dann zu härteren Kuren greifen müssen. Überhaupt: Unverarbeitetes rotes Fleisch wird von der Forschung als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft.
Quelle: der Freitag

6. **Für verbindliche Mindestlohnstandards**
„Es ist zwingend notwendig, europaweit einheitliche Standards für Mindestlöhne festzulegen und Lohndumping einzudämmen. Für die Bestimmung der nationalen Lohnuntergrenzen muss die Niedriglohnschwelle ausschlaggebend sein. Nur so kann der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen”, erklärt Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zur heute veröffentlichten Zwischenbilanz der EU-Kommission zu den Konsultationen mit den Sozialpartnern über einheitliche Mindestlohnstandards in Europa. Ferschl weiter:
“Eine Orientierung an der Niedriglohnschwelle heißt für Deutschland, dass der Mindestlohn mindestens 12 Euro betragen muss. Diese Erhöhung ist mehr als überfällig. Seit Jahren schon ist Deutschland europäisches Schlusslicht bei den Mindestlöhnen. Es ist doch wohlfeil, wenn Vertreter der CDU/CSU ausgerechnet jetzt Lohnzurückhaltung und die Aussetzung der Mindestlohnerhöhung verlangen. Genau andersrum wird ein Schuh draus: Die Krise muss der Anlass sein, um mit der deutschen Lohndumpingstrategie, Niedriglöhnen und der Exportorientierung Schluss zu machen. Jeder Euro mehr fließt direkt in den Konsum, stärkt also die Binnennachfrage und somit die Konjunktur. Die sofortige Erhöhung des Mindestlohns

ist kein wirtschaftliches Hindernis, sondern ein wichtiger Bestandteil zur Bewältigung der Wirtschaftskrise."
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

7. **Ferrari-Land wird Fahrrad-Land**
Deutschland diskutiert über eine Kaufprämie für Autos, Italien will das Volk aufs Zweirad setzen. Die Regierung lockt mit üppigen Zuschüssen für eine „alternative Mobilität". Es scheint zu funktionieren. […]
Entfacht wird der aktuelle Rad-Boom mit staatlichen Geschenken. Da man ja bald Geld bis zum Abwinken haben wird – allein vom Recovery Fund der EU sollen 170 Milliarden Euro nach Italien fließen, die Hälfte davon als Kredit, der Rest als Geschenk – kann man natürlich ganz viele schöne Dinge bezahlen. Und das Programm "Buono mobilità" (zu deutsch etwa: Mobilitäts-Bon) ist da nur eine Winzigkeit, die 120 Millionen kostet. Funktionieren soll es so:
Wer sich ein, im weitesten Sinne zum Fahrrad gehörendes Fortbewegungsmittel zulegt, bekommt 60 Prozent des Kaufpreises vom Staat. Höchstens allerdings 500 Euro.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Jens Berger: *Eine großartige Alternative zur deutschen Autokaufprämie. Traurig nur, dass der SPIEGEL mal wieder seine überheblichen und dummen Kommentare ("Da man ja bald Geld bis zum Abwinken haben wird") nicht sein lassen kann.*

8. **Eine Kriegskasse namens Friedensfazilität**
Zu dem gestern von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag für das Budget der Europäischen Friedensfazilität erklärt Özlem Alev Demirel, stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments (SEDE):
„Die EU-Kommission hat sich einen neuen Trick ausgedacht, um das im EU-Vertrag enthaltene Verbot, Militäreinsätze aus dem EU-Haushalt zu finanzieren, umgehen zu können. Der Kniff nennt sich ‚Europäische Friedensfazilität'. Die Bezeichnung ist grob irreführend, schließlich sollen über den Fonds künftig nicht nur etwa 40 Prozent der Kosten für EU-Militäreinsätze beglichen werden. Auch die Aus- und vor allem Aufrüstung befreundeter Armeen oder Rebellen soll über diesen Fonds laufen."
Quelle: DIE LINKE im Europaparlament
9. **Die gelbe Gefahr und der Atem der Schwarzen**
Die Aufstände in den USA sind die heimische Ernte des imperialen Rassismus, der das Virus im Kampf um die Weltherrschaft nutzt. Das rassistische Erbe ist europäisch.

Kommentar von Hans-Rüdiger Minow
Seitdem in Europa das Virus umgeht, müssen sich Menschen, die asiatisch anmuten, vor den anderen hüten, die europäisch aussehen. Asiatische Herkunft deutet auf Orte, deren Nähe zur Seuche zwar unbestimmt ist, aber weil man nicht weiß, wo der andere herkommt, ist er als Typus physiognomisch verdächtig. Wie Menschen berichten, die asiatisch aussehen, schneidet man sie, rückt in Bussen und Zügen von ihnen ab, umgeht sie in Parks oder ruft ihnen nach, sie sollten verschwinden. Wer besonderes Pech hat, wird auch bespuckt. Abstand zu halten reicht hier nicht aus. Um den asiatischen Fremden entsteht ein Zone aus gefahrvoller Leere und Ungewissheit. Diese Entlassung aus dem Berühren hat als einer der ersten Donald Trump stimuliert. Er hat der Furcht vor dem Fremden einen Ort zugewiesen, hat ihn "China" genannt und das Virus "chinesisch". Aber jetzt ist der Geist aus der Flasche entwichen, der den asiatischen Gegner verunglimpfen sollte. Dieser Geist ist im Gebiet seiner Herkunft aktiv und drückt auf dem Atem der früheren Sklaven – in New York und Chicago. Es ist imperialer Rassismus der Kolonialhemisphäre. Er hat "China" gesagt und die Wut seiner Opfer in Brooklyn geerntet.
Quelle: German Foreign Policy

10. **Maas verurteilt Trumps Gewaltandrohung**
Außenminister Heiko Maas hat die Drohung von US-Präsident Trump, das Militär gegen Demonstrantenin den USA einzusetzen, scharf verurteilt. „Statt Öl ins Feuer zu gießen, müssen wir versöhnen. Statt uns auseinanderdividieren zu lassen, sollten wir den Schulterschluss suchen gegenüber den radikalen Extremisten", sagte Maas dem „Spiegel". Mit Gewalt zu drohen, löse nur weitere Gewalt aus. „Demokraten dürfen nie eskalieren – auch nicht durch Worte", fügte Maas hinzu.
Trump hatte am Pfingstmontag mit dem Einsatz des Militärs gedroht, um die teils gewaltsamen Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt zu stoppen. Begleitet von Protesten und chaotischen Szenen vor dem Weißen Haus kündigte der US-Präsident die Mobilisierung aller verfügbaren zivilen und militärischen Kräfte seiner Regierung an.
Quelle: SPD

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte vergleichen Sie doch mal diese recht kurze Meldung auf der Homepage der SPD mit der Satire von Jens Berger. Erinnert sei z.B. an das Treffen des Bundesaußenministers mit Joshua Wong – „Hongkong-Held" oder US-Marionette?*

11. **Donald Trumps Strategien für den Staatsstreich**
Sollte er die Wahl im November verlieren, wird Donald Trump das Ergebnis wohl nicht

anerkennen. Niemand wird ihn an einem Staatsstreich hindern können, dafür sorgen er und seine Verbündeten seit Langem vor.
Quelle: Sascha Lobo auf DER SPIEGEL

dazu: Schamlos und gefährlich: Trump
Der oberste Feldherr der USA ist ein Mann der Stärke. Ihm geht es immer nur um sich selbst, nie um sozial Schwache, Benachteiligte, nie um soziale Gerechtigkeit. Trump ist Dollar-Milliardär und lebt das vor, das er hat, was andere nicht haben. Er demonstriert täglich in seinen Auftritten seine Allherrlichkeit und die Ohnmacht der anderen.
America first heißt natürlich: Trump first. Ellenbogen raus gegen Konkurrenten.
Es ist diese Fratze des Kapitalismus, die uns mit Trump täglich übers Fernsehen in die Wohnzimmer geliefert wird, Bilder die diesen Mann zeigen, der kein Mitgefühl kennt mit einem Schwarzen, der am Boden liegt und stirbt. Das Recht des Stärkeren ist seine Bibel, und nicht die Stärke des Rechts.
Quelle: Blog der Republik

12. **“Fortsetzung von unlauterem Wettbewerb”**
Der US-Kongress will die Fertigstellung von Nord Stream 2 mit weiteren Sanktionen verhindern, die nächste Woche angegangen werden sollen
Nachdem der gestern demissionierte US-Botschafter Richard Grenell kurz vor seinem Abschied aus der amerikanischen Botschaft in Berlin dem Handelsblatt verraten hatte, dass weitere Sanktionen gegen das Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 in seiner Heimat “auf überparteiliche Zustimmung treffen”, bestätigte und konkretisierte eine anonyme Nachrichtenagenturquelle aus dem Kongress diese Information. Ihren Angaben nach wollen zwei Senatoren bereits nächste Woche einen überparteilichen Antrag dazu einbringen, der unter anderem ein amerikanisches Anlegeverbot für am Bau dieser Pipeline beteiligte Schiffe und das Einfrieren von Vermögenswerten natürlicher und juristischer Personen vorsieht.
Die ersten Sanktionen, die der US-Kongress im Dezember im National Defense Authorization Act (NDAA) verankert hatte, drohten Unternehmen, die sich an der Verlegung russischer Unterwassergasleitungen beteiligen, Sanktionen an. Die mit der Verlegung der Rohre für die Nord-Stream-2-Gaspipeline beauftragte schweizerisch-niederländische Firma Allseas stellte daraufhin ihre Arbeit am Bau der Erdgaspipeline ein (vgl. Nord Stream 2 gestoppt). Seitdem ruhen die Bauarbeiten an der Pipeline, die eigentlich schon Ende 2019 fertig werden sollte.
Quelle: Telepolis
13. **Senk ju vor nasing**
Warum es in der Coronakrise nicht ausreicht, dass die Bahn Reisende via App vor

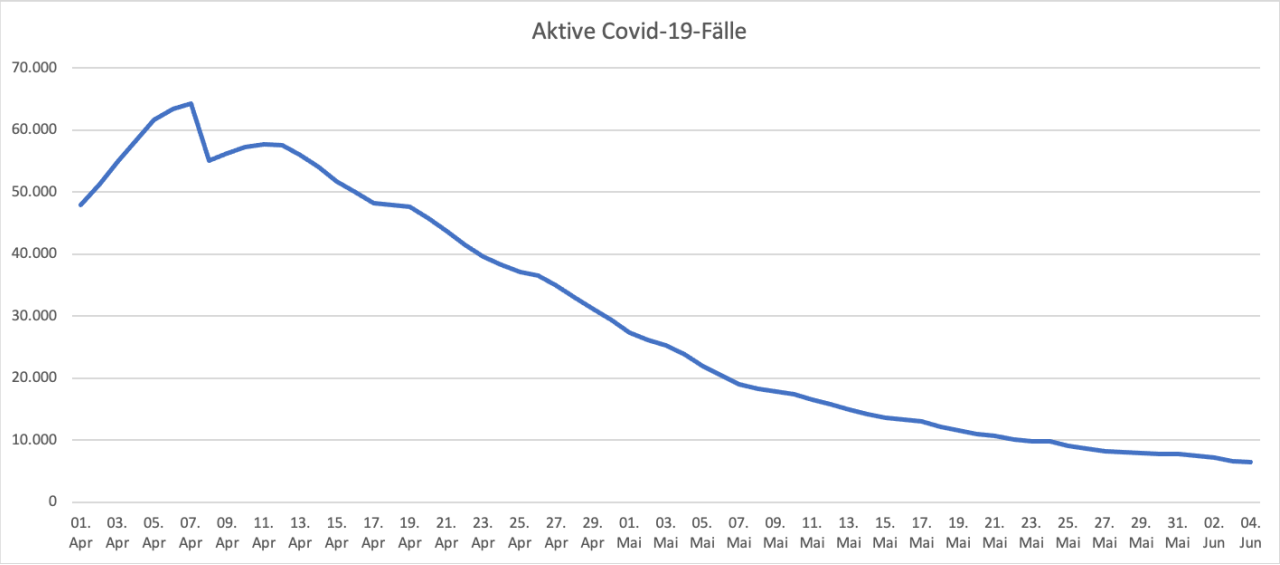
halbvollen Zügen warnt […]
Wie so oft präsentierten die Qualitätsmedien dieser Republik den neuesten digitalen Sprung des Konzerns gekonnt unkritisch. Zwar beanstandete man dezent, dass es eben keine feste Sitzplatzverteilung geben wird, aber das Grunddilemma der Deutschen Bahn, nämlich ein Betrieb zu sein, der seit Jahrzehnten gewollt auf Verschleiß fährt, brachte man gar nicht erst aufs Tapet. Aus dieser Vorgeschichte heraus ist eine halbwegs akzeptable Sicherstellung der Nachfrage in den nächsten Wochen und Monaten gar nicht leistbar. Jedenfalls nicht nach den momentanen Hygienevorstellungen.
Dabei sollte man diese Krise als Chance sehen. Als Chance, um endlich die Infrastruktur wieder zu festigen; das Wohl der Fahrgäste – und als Bürger auch der »Anteilseigner« dieses eigentlichen Staatsbetriebes – hat endlich wieder Priorität zu erlangen. Diese App, die nur wohlfeil darauf aufmerksam macht, dass der Zug fünfzigprozentig voll sein könnte, sagt doch eigentlich auch aus, wie dieses Unternehmen von seinen Kunden denkt: Sie sind ihm scheißegal. Diese Kundenorientierungslosigkeit hat System.
Quelle: Heppenheimer Hiob

14. **Covid-19: Ausgelieferte Altenheime**
Lange wurde über die hohe Sterberate in Italien gerätselt. Nun zeigt sich: Ein desaströses Missmanagement der Altenheime trieb die Covid-19-Opferzahlen in die Höhe – wohl nicht nur in Italien
Was muss alles schiefgelaufen sein, dass der Ministerpräsident einer norditalienischen Region wegen Morddrohungen unter Polizeischutz gestellt werden muss? Die Rede ist von Attilio Fontana, dem Präsidenten der von Covid-19 schwer getroffenen Lombardei. Die Morddrohungen, die der Lega-Politiker im Internet erhält, erschienen dem zuständigen Präfekten mehr als nur leere Worte zu sein, sodass sich die Behörde letzte Woche dazu entschied, dem lombardischen Präsidenten den Personenschutz zu gewähren.
Ausschlaggebend für die Entscheidung soll auch ein Graffiti mit der Aufschrift “Fontana assassino” (auf Deutsch: Fontana, du Mörder) gewesen sein, welches eine ganze Hausmauer im Mailänder Ausgehviertel Navigli zierte. Urheber war kein lombardischer Kleinunternehmer, dem durch die restriktiven Maßnahmen die Lebensgrundlage zerstört worden war, sondern die kommunistische Aktivistengruppe “Carc”.
Quelle: Telepolis

15. **Coronavirus: Lateinamerika droht Hungerpandemie**
Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) warnt davor, dass in Folge der Covid-19-Pandemie in Lateinamerika in diesem Jahr

rund 14 Millionen Menschen in Armut und Hunger gedrängt werden könnten. Angesichts der Pandemie prognostiziert die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, Cepal) der UNO für dieses Jahr den bisher größten regionalen wirtschaftlichen Rückgang um durchschnittlich 5,3 Prozent. Die Folgen dieser Wirtschaftskrise verschlimmern die bereits prekäre Lage von Millionen Menschen. Aufgrund der coronabedingten Schließungen erhalten viele Kinder nicht mehr das Mittagessen, auf das viele von ihnen zählen konnten. Darüber hinaus können durch die bestehenden Bewegungseinschränkungen und Schutzanordnungen viele Menschen nur bedingt oder gar nicht mehr arbeiten, um Geld zu verdienen. Hinzu kommen Einkommensverluste durch ausbleibende Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland.
Quelle: amerika21

16. **Bestätigte aktive Covid-19-Fälle in Deutschland**



Die Zahl der aktiv am Coronavirus erkrankten und positiv getesteten Bürger in Deutschland sank seit gestern um 136 auf 6.383, wie Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) für Infektionskrankheiten zeigen. Die Zahl der genesenen Bürger stieg in den letzten 24 Stunden um 600 auf 167.800.

Hintergrund: Corona-Zahlen – warum reden wir nicht von den „aktiv Erkrankten“?